

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Zeitungs- und Verlagsbetrieb: Herr Dr. G. W. Müller, Merseburg. — Druck und Verlagsanstalt: Herr Dr. G. W. Müller, Merseburg. — Preis: 1 Mark pro Quartal. — Einzelhefte: 30 Pfennig. — Abonnementpreis: 3 Mark pro Quartal. — Postamt: Merseburg. — Postfach: 100. — Telephon: 100. — Telegramm: 100. — Druck: 100. —

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Zeitungs- und Verlagsbetrieb: Herr Dr. G. W. Müller, Merseburg. — Druck und Verlagsanstalt: Herr Dr. G. W. Müller, Merseburg. — Preis: 1 Mark pro Quartal. — Einzelhefte: 30 Pfennig. — Abonnementpreis: 3 Mark pro Quartal. — Postamt: Merseburg. — Postfach: 100. — Telephon: 100. — Telegramm: 100. — Druck: 100. —

Nr. 147.

Halle, Montag den 19. November 1917.

1. Jahrgang.

Im Wirbel.

Die politischen Veränderungen, die sich in den Ländern unserer Gegner vollziehen, fordern fortgesetzt unsere gespannteste Aufmerksamkeit. Zusammenfassend kann man sagen, daß die moralische Front der Gegner im Westen einfallen noch läßt, während die im Osten zusammengebrochen ist. Das ist aber ein Augenblicksbild. Veränderungen auf der einen wie auf der anderen Seite sind jeden Tag möglich. Man wird mit dem ungebrochenen Kriegswillen des Westens ebensowenig als mit einem dauernden Faktor rechnen dürfen wie mit dem Friedenswillen des Ostens.

In Rußland, aus dem die Nachrichten immer noch unklar und verworren zu uns herüberdringen, scheint sich eine Einigung der Sozialisten vorzubereiten. So sehr diese Einigung im Interesse der russischen Revolution und des russischen Sozialismus wichtig wäre, so bleibt doch die Frage offen, auf welcher Grundlage der aufrichtigen Politik sie vollzogen werden soll. Nicht zum erstenmal könnte man vielleicht in Rußland das Schwebelied erleben, daß hochherzige Friedensgesinnung in dem Augenblick ihr Aufhören verliert, in dem sie einen Gipfel der Macht erlangen hat. Rußland kann aber nur durch zielbewusste Aktivität der Friedenskräfte einen entscheidenden Schritt tun. Nur wenn es seine Verbindungen vor die Wahl stellt, entweder sofort am Verhandlungstisch Platz zu nehmen oder auf jede

russische Hilfe zu verzichten,

kurz, nur wenn Rußland entschlossen ist, sofort Frieden zu schließen — wenn es geht, einen Gesamtfrieden; wenn es nicht geht, einen Separatfrieden —, nur dann werden wir dem Weltfrieden einen tüchtigen Schritt näher gekommen sein.

Die Proklamation, die von den bolschewistischen Führern erlassen wurde, war ein verheißungsvoller Anfang. Im amtlichen Verkehr der Regierungen erscheint sie vorläufig aber nur als ein politisch interessantes Zeitungsnotiz, nicht als staatliches Dokument. Erst wenn eine russische Regierung den Vorschlag jener Proklamation in Form

einer Note durch ihre offiziellen Vertreter oder durch neutrale Vermittlung den Regierungen der kriegführenden Staaten vorgelegt haben wird, werden diese genötigt sein, ihr klares Ja oder Nein anzupreisen.

So ist der Kampf um Krieg oder Frieden in Rußland immer noch nicht endgültig entschieden, obwohl es klar ist, daß die ungeheure Mehrheit des Volkes den Frieden will und obwohl seine russische innere Macht den Schritt der Bolschewiki ignorieren kann.

In Italien haben die ungeheuren militärischen Erfolge der Verbündeten die Friedensbewegung fürs erste nicht gestoppt. Stimmungen der nationalen Verteidigung haben das ganze Land ergriffen und auch auf die verfehlte operierenden bürgerlichen Friedensstrome abgeföhrt. Die neue Regierung steht vorläufig unter dem Eindruck, daß das Minimum militärischer Erfolge fehlt, das dazu notwendig ist, um einen ehrenvollen Frieden abzuschließen. Es wird einer gewissen Gewöhnung an den jetzt geschaffenen militärischen Zustand bedürfen, bevor sich die Friedensstimmungen wieder stärker bemerkbar machen können.

In Frankreich ist die

Bildung eines Kabinetts Clemenceau

vollzogen worden, d. h. einer Regierung, die noch zäher, noch fanatischer den Krieg bis zum Ende predigen wird, als alle Regierungen zuvor. Da aber die Bildung eines friedensfreundlichen Kabinetts unter den gegenwärtigen Umständen auf keinen Fall erwartet werden konnte, so kann uns der Grad der Friedensleidenschaft, der in der französischen Regierung herrscht, vorläufig ziemlich gleichgültig sein. Wir können uns mit dem Worte trösten, daß es die strengen Winter sind, die für regieren. Clemenceau wird die innere Gegenseite im Lande auf die Probe treiben und die Sozialisten zu entschlossenen Gegnern haben. Vielleicht kann die der Gegenwart zu der Unruhmacht, die in Clemenceau verkörpert ist, der Verzicht näher bringen, als sie heute selber ahnen. Im allgemeinen bleibt aber Frankreich bis auf weiteres das Land, von dem für die Sache des Friedens das allerwenigste zu erwarten ist.

In England soll am Montag die

Entscheidung über das Kabinett Lloyd George

fallen. Würde sich dieses noch halten, so wäre es doch nur aus dem Grunde, weil man vor den inneren und äußeren Folgen seines Zerfalls zurückschreckt. Seine Wurzeln sind untergraben und sein Ansehen ist verfallen. Lloyd George, dem man England in den Zustand gerieten, dem Deutschland eben erst mit knapper Mühe und Not entronnen ist; eine Regierung aus seiner Zwick zu haben, der jede Autorität fehlt und die der Gegenwart das allgemeine Mißtrauen ist. Lloyd George hatte sich seinem Volk als der Mann präsentiert, der es zum Sieg über Deutschland führen werde. Für diesen Mann hält ihn aber in England jetzt kein Mensch mehr. Sein Verbleiben an der Spitze des Reiches kann das Vertrauen in den Endsieg nur noch untergraben.

Am allgemeinen Geist der vierte Herbst des Weltkriegs für Deutschland eine außerordentlich günstige militärische Lage, aber noch wenig greifbare Ausblicke auf einen neuen allgemeinen Frieden. Daraus werden die Anhänger der deutschen „Machtvollmacht“ den Schluß ziehen, daß sich die deutsche Friedenspolitik als nutzlos erwiesen habe, und daß darum jetzt andre Zeiten ausgesetzt werden müßten. Aber kein Schluß kann verfehlter sein als dieser. Wenn die Gegner trotz ihrer unläuglichen Mißerfolge noch immer selbst von einem Verständigungsfrieden nichts wissen wollen, so kommt das daher, daß sie bei ihrer gewaltigen zahlenmäßigen und wirtschaftlichen Überlegenheit noch immer nicht an die Notwendigkeit glauben, einen solchen Verständigungsfrieden abzuschließen zu müssen. Es ist ein toller Unfuss, zu glauben, man könne sie leichter zu einem Frieden bringen, der Land und Geld und das Eingeständnis ihrer Unterlegenheit kostet, als zu einem Verständigungsfrieden, der ihnen von alledem nichts nimmt.

Die Politik der Verteidigung und des Friedens ist dagegen eine gewaltige moralische Waffe in den Händen Deutschlands. Nur dieser Politik kann es gelingen, um Kriegswillen der Gegner zu zermürben. Deutschland kann diesen Krieg nur gewinnen als Krieg gegen den Krieg! —

Die Vorlage.

Jetzt endlich wird ein Termin für die Einbringung der Wahlrechtsvorlage im Landtag mitgeteilt. Am 26. oder 27. November soll sie den Abgeordneten vorgelegt, die Fraktionen sollen dann Stellung nehmen und am 1. Dezember wird Bertling sich dem Landtag vorstellen und dann soll die Debatte beginnen.

Auch wer mit dieser oder jener Bestimmung der preussischen Wahlrechtsvorlage nicht einverstanden ist oder wer das eine oder das andre daran vermisst, wird der Regierung das Zeugnis nicht vorenthalten können, daß ihre Reform einen vollen Wunsch mit der Vergangenheit bedeutet. Das Dreiklassenwahlrecht, an dem sie bei ihrem letzten Reformversuch vom Jahre 1910 festhielt und in dessen organischem Ausbau sie den Inbegriff aller Staatsweisheit erblickte, ist zum alten Eisen geworden. Von dem Gedanken eines Pluralwahlrechts oder irgendeines anderen pluralistischen Wahlrechts hat sich die Regierung endgültig losgesagt, das gleiche Wahlrecht, das der Zukunft angefangen hat, soll zur Wahrheit werden.

Ein gleiches Wahlrecht allerdings nur insofern, als jedem Wahlberechtigten ebenso wie es bei dem Reichstagswahlrecht der Fall ist, eine Stimme zuteil. Die

völlige Gleichheit ist damit noch nicht erreicht,

das wird erst dann der Fall sein, wenn Hand in Hand mit der Änderung des Wahlgesetzes auch eine Neueinteilung der Wahlbezirke auf Grund der Einwohnerzahl einhergeht. Daß die Regierung vor der Neueinteilung zurückgeschreckt ist, ist bedauerlich, aber erklärlich, wenn man sich die Schwierigkeiten vor Augen hält, die der Lösung gerade dieser Frage entgegenstehen. Alle früheren Debatten haben bewiesen, daß das Zentrum von einer Neueinteilung der Wahlkreise nichts wissen will. Wollte die Regierung nicht von vorn

herein auf die Mißhilfe des Zentrums bei der Wahlreform verzichten, dann blieb ihr nichts andres übrig, als von einer Änderung der Wahlkreise Abstand zu nehmen. Würde sie mit der Wahlrechtsreform auch eine neue Wahlkreiseinteilung verbinden, dann würde sie neben den Konservativen auch das Zentrum gegen sich haben, und die Reform wäre ein totgeborenes Kind.

So sehr wir diese tatsächlichen Erwägungen gelten lassen, so können wir doch auf die Dauer unmöglich auf eine gerechte Einteilung der Wahlbezirke verzichten. In der Vermehrung der Zahl der Abgeordneten, einiger großstädtischer Wahlkreise, wie sie die Vorlage vorsieht, vermögen wir

kaum eine Verbesserung zu erblicken,

wir müssen vielmehr daran festhalten, daß sobald die jetzige Reform unter Dach und Fach ist, den auf Grund des neuen Wahlgesetzes nächsten Landtag eine Vorlage auf Neueinteilung der Wahlkreise unterbreitet wird. Die Ausläufer hierfür werden dann wesentlich günstiger sein, in dem neuen Landtag wird sich wiederum eine Mehrheit dafür finden. Es kommt nur darauf an, daß die Regierung den festen Willen hat, es bei der diesmaligen Reform nicht bewenden zu lassen, sondern im Laufe der Jahre ganze Arbeit zu machen, und was diesmal aus tatsächlichen Gründen verjüngt ist, zu gegebener Zeit nachzuholen.

Daß die Neueinteilung der Wahlkreise eine unbedingte Notwendigkeit ist, leuchtet von selbst ein, wenn man bedenkt, daß der jetzigen Einteilung noch immer die Volkszählung vom Jahre 1858 zugrunde liegt. Daniels kam auf rund 50 000 Seelen ein Abgeordneter, heute müßte auf rund 90 000 ein Abgeordneter entfallen. Aber die Bevölkerung hat sich seit dieser Zeit nicht nur gewaltig vermehrt, sondern auch in ihrer Gliederung völlig verkehrt, Preußen ist aus

einem reinen Agrarstaat zu einem vorwiegend industriellen Staat geworden, und die Industriezentren haben den bedeutendsten Anbruch, endlich die ihnen nach ihrer Größe und ihrer Bedeutung zugehörige Zahl von Abgeordneten zu erhalten. Der

untenstehenden Entschaltung der Städte

durch die veraltete Wahlkreiseinteilung muß ein Ende gemacht werden, wenn anders in Wirklichkeit von einem gleichen Wahlrecht in Preußen die Rede sein soll. Obenst muß geboten werden mit dem Zustand, daß ein Wahlkreis mehr als einen Abgeordneten ins Parlament schickt darf. West sind es ländliche Kreise, die, obwohl sie weniger als 100 000 Einwohner zählen, doch zwei, teilweise sogar drei Vertreter im Landtag haben, so daß in Wirklichkeit die Wähler dieser Kreise, denen auch nach der neuen Vorlage erst wenn die Zahl von 250 000 Seelen überschritten ist, ein zweiter Abgeordneter zugebilligt werden soll.

Nun soll aber das auf dem Papier gleiche, in Wirklichkeit ungleiche Wahlrecht, das die Regierungsvorlage neben dem Erlass der öffentlichen durch die geheime und der indirekten durch die direkte Stimmabgabe vorsieht, erkauf werden durch eine

nicht unerhebliche Beschränkung der Zahl

der Wahlberechtigten. Das Wahlrecht, das heute, falls die sonst üblichen Voraussetzungen erfüllt sind, jedem Preußen schlichtweg zuteil, auch wenn er erst am Tage der Auslegung der Wahlkreise die preussische Staatszugehörigkeit erworben hat, soll an die Verbedingung einer dreißigjährigen Inhaberdauer zum preussischen Staat, gemindert, die Aufenthaltsdauer in der Gemeinde von 6 Monaten auf 12 Monate verlängert werden. Das bedeutet ganz abgesehen von der

Entreckung all der Kriegsteilnehmer, die nach ihrer Entlassung von den Jähnen freiwillig oder gezwungen ihren Wohnort verlegen, eine weitere Veranlassung der geographischen Bevölkerung, die sich durch die wirtschaftlichen Verhältnisse oder die Wohnungsverhältnisse weit öfter als die ländliche Bevölkerung genügt sieht, von einer Gemeinde in die andre zu ziehen. So sogar in Wahlkreisen, die sich aus mehreren Gemeinden zusammensetzen, würden die sich dahin Wahlberechtigten bei der Ueberführung von der einen Gemeinde in die andre Gemeinde desselben Kreises ihres Wahlrechts verlustig gehen.

Die Regierung hat sich bei dieser Bestimmung das etwa löcherliche Recht zum Nutzen genommen, sie verlegt aber, daß es ein gewaltiger Unterschied ist, ob ein neues Recht geklärt und hierbei einschränkende Bestimmungen vorbehalten oder ob

ein bestehendes Recht befestigt

wird. Wenn für die Wahlen zu den Stadtverordneten-Versammlungen die Zugehörigkeit zum preussischen Staate unbekannt ist, die Dauer dieser Zugehörigkeit genügt, wenn heute in Preußen derjenige, der erst am Tage der Wahl die Staatsangehörigkeit erworben hat, sogar Mitglied der gehendenen Körperschaft sein kann, wenn in dem neuen preussischen Landememorien jeder Deutsche, auch wenn er nicht Preusse ist, das Wahlrecht besitzt, so ist es einfach unverständlich, wie eine solche Bestimmung in die Vorlage Aufnahme finden konnte. Stamm nur in Preußen wirklich nicht daran gehindert, auch einmal einen Schritt rückwärts zu wagen, ohne gleichzeitig einen Schritt rückwärts zu gehen?

Das Prinzip: kein Fortschritt ohne Rücksicht kommt auch deutlich zum Ausdruck in dem zweiten Gesetzentwurf, der eine

Erweiterung der Rechte des Herrenhauses

verleitet. Es handelt sich hier um budgetrechtliche Bestimmungen verordneter Art, die in ihrer Gesamtheit darauf hinauslaufen, dem Herrenhaus einen größeren Einfluß auf

die Gehaltung des Etats einzuräumen, an dem es bisher nichts ändern durfte, sondern den es nur in seiner Gesamtheit annehmen oder ablehnen konnte. So jede Erweiterung der Macht der Ersten Kammer eine Schwächung der Macht der Zweiten Kammer bedeutet, ist es klar, warum die Regierung diese Vorlage einbrachte. Eine gewisse Notwendigkeit dazu lag nicht vor, wie will die Erste Kammer, auf deren Zusammenkunft die Wahlen der Wähler keinen Einfluß haben, in ihrer Stellung gegenüber der Volkskammer haben, und sie hofft dadurch auch mandieren von denen, die sonst von einer Wahlreform nichts wissen wollen, letzten Endes doch noch dafür gewinnen zu können.

Was nun die gleichzeitig mit der Wahlrechtsreform verheißene Umbildung des Herrenhauses betrifft, so werden auch die grundsätzlichen Gegner des Zweikammersystems bei objektiver Prüfung anerkennen müssen, daß ein auf Grund der neuen Vorlage gebildetes Herrenhaus

nicht mehr ganz so vorinstanzlich

annimmt, wie das auf Grund der Verordnung vom 12. Oktober 1854 gebildete. Seitlich des Herrenhaus heute aus den großjährigen Prinzen des königlichen Hauses, aus erblichen oder auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern zusammen, so soll es in Zukunft einen präsidialen Charakter erhalten, bestimmte Berufsgruppen sollen berechtigt sein, in Wahlkuren eine gewisse Anzahl von Vertretern zu wählen. Als solche Kurien gelten z. B. für den Handel die Handelskammern für das Handwerk die Handwerkskammern. Ausgeschloffen von einer Vertretung im Herrenhaus sind u. a. die Arbeiter, es sei denn, daß ein Arbeiter aus förmlichem Vertrauen berufen wird. Den Einwand, daß die Arbeiter keine geordnete Vertretung haben, da weder Arbeitskammern noch Arbeiterkammern bestehen, können wir nicht gelten lassen. Es ist ja auch ein offenes Geheimnis, daß der erste Entwurf des Ministers Drews die Wahl von Arbeitervertretern durch die Arbeitnehmerräte in den Betriebsrätsämtern vorgeschrieben, daß aber das Staatsministerium diesen

Entwurf als zu liberal zurückgewiesen

hat. So wird denn, wenn es nicht gelingt, die Vorlage in der Beziehung umgestalten, auch das modernisierte Herrenhaus ein von Arbeitern sein, die Sachwalter des Protektors werden auf die Volksskammer verweisen. Der Unterschied zwischen beiden Kammen tritt dadurch noch deutlicher in Erscheinung. Daß das Ernennungsrecht des Königs eine Einschränkung erfahren soll, insofern, als in dieser Beziehung die Einführung einer Höchstzahl der zu Berufenden vorgehoben ist, sei nur nebenbei erwähnt.

Ueber die Aussichten der Reform kann man sich heute naturgemäß nur in Vermutungen ergreifen. Die Mehrheit für das geübene und direkte Wahlrecht scheint gesichert zu sein, der Kampf wird in der Hauptfrage um das gleiche Wahlrecht entfremden, von dem außer den Konservativen und dem größten Teile der Freikonfessionellen auch der rechte Flügel der Nationalliberalen nichts wissen will. Die Gegner des gleichen Wahlrechts werden nicht nur die

Verhandlungen zu verschleppen,

sondern auch die drei Vorlagen, die die Regierung als getrennte Entwürfe einbringt, miteinander zu verknüpfen suchen, in der Hoffnung, dadurch Zuzug aus den Reihen der wirklichen Wahlrechtsfreunde zu gewinnen, die einer Vorlage, welche neben einer Reform des Wahlrechts eine Veränderung der Zusammenstellung des Herrenhauses und eine Erweiterung der Rechte dieses Hauses enthält, ihre Zustimmung verweigern werden. Ob diese Hoffnung berechtigt ist, wird die Zukunft lehren. So viel ist jedenfalls sicher, daß die Anhänger des Dreikammersystems kein Mittel unversucht lassen werden, um ihre in diesem System umgehende Macht auch in das neue Preußen hinüberzusetzen. Wieviel es ihnen gelingt, das wird nicht nur von der Laune der wahlrechtsfeindlichen Parteien abhängen, die sich zu einem geschlossenen Vorgehen zusammenfinden müssen, sondern vielleicht in noch höherem Maße von der Energie, die die Regierung für ihr eigenes Werk an den Tag legt.

Paul Girja.

Was der Krieg bringt.

U-Boots-Erfolge.

Der Admiralstab teilt mit: Im Sperrgebiet im England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote neuerdings fünf Dampfer versenkt, darunter einer, der aus geheimerem Geleitzug herausgeschleppt wurde.

Nach Bekanntmachung der britischen Admiralität soll in der Woche vom 4. bis 11. November zu einem englischen Handelsdampfer von über 1600 Tonnen durch U-Boote oder Minen verloren gegangen sein. Wie vom Wolff Bureau hierzu von unabhängiger Stelle mitgeteilt wird, sind nach den bis zum 16. November eingegangenen Meldungen unter U-Boote in der Woche vom 4. bis 11. November nicht weniger als neun Dampfer von über 1500 Buntortorektionen versenkt worden. Die Nationalität der übrigen vier Dampfer ist bisher nicht bekannt; auch hierunter können sich also noch Engländer befinden haben. Die Meldungen einer großen Zahl von U-Booten, die in der fraglichen Woche operiert haben, liegen noch nicht vor, so daß sich die endgültige Zahl der in der angegebenen Zeit versenkten englischen Handelsdampfer über 1600 Buntortorektionen möglicherweise noch erhöhen wird.

Verfahren.

Aus Chinas, der demokratisch-italienischen Grenzstation zwischen dem Engländer und dem Kommer, erhalten wir folgendes Stimmungsbild:

Am 11. ist vorbei. Keiner, der zu uns mit Nachrichten von Verwandten oder Freunden aus Italien auf Schiffsreisen kommt, bringt auch nur einen Schimmer von Trost oder Hoffnung. Mailand ist seit dem 11. November von einer wilden Panik erfasst worden, die von den wühlenden Sägen auf die Stadt durch erschütterte Straßen und Gassen, auf unheimlichen Bahnen jagt hat. San Durin fehlen seit bemessenen Tage jegliche Meldungen. Selbst die Turiner Zeitungen sind am 12. in Mailand nicht eingetroffen. In atomarer Spannung wartet die Bevölkerung, die in ihrem Heim geblieben ist, auf Meldungen von der Front. In dem Augenblick, wo Laufende von mittelstlichen Nachrichten in breitem Strom in Mailand hereinströmen, wurde dort erst die ganze Größe des Unheils offenbar. Seitdem betrachtet Mailand alle Meldungen der Regierung mit größtem Mißtrauen.

Dazu kommt der schwere Schlag von Ravenna. Dort ist man in schwerer zu lösenden Konflikten auseinandergegangen. Die Beratungen sind vor der Zeit abgebrochen nach einem heftigen Wortwechsel zwischen englischen und italienischen Vertretern abgebrochen worden. Alles ist in der Schmelze geblieben: die Verhandlungen über die Hilfslieferungen, die Art und der Umfang der geforderten Begünstigungen Italiens, die Lösung der Frage der Stommandogewalt an der italienischen Front. Man hat sich aber gegenseitig mit Schwärzen reichlich bedacht. Die Italiener beschuldigen ihre Bundesgenossen der Lieferung solchen Materials, die Franzosen und Engländer aber sagen den Italienern im Gesicht, daß sie nicht von einer modernen Kriegsführung und den Befehlen der Organisation hinter der Front verstanden. Neue Kriegsgeschäfte tauchen auf, um sofort wieder von der andern Seite verworfen zu werden. Unterdessen greift die Panik weiter.

In Genf schlafen die Franzosen und Engländer die Hände über dem Kopf zusammen, wenn sie hören, was sich in Rom, Mailand, Neapel und an der italienischen Front abgespielt hat. Man gibt Italien auf. Innerhalb der französischen und englischen Besetzung geht die Angst um, man fürchte die Kräfte nicht noch weiter verflüchtigen und die eigene Front gefährden, man müsse Italien sich selbst überlassen. Dagegen macht sich die Opposition bemerkbar, die für das Meer in Saloniki fürchten.

Die Lage gilt für vollkommen verfahren.

Revolution in Finnland.

Aus Finnland kommt über Kopenhagen die Nachricht, daß die finnischen Sozialisten einen Sozialkrieg vollzogen und sich in den Besitz der politischen Gewalt gesetzt haben. Sie veranlaßten von den hiesigen Parteien die Anerkennung der am 18. Juli von den Sozialisten angenommenen Staatsordnung für Finnland. Da diese Forderung abgelehnt wurde, erklärten sie im ganzen Lande den allgemeinen Ausstand. Dieser hat bereits in Seitwärts begonnen und wird sich, wie erwartet wird, über das ganze Land ausbreiten. Auch die Eisenbahnen nehmen daran teil, so daß jetzt nur noch Müllwagen verkehren. Die Sozialisten haben sich mit Hilfe russischer Soldaten des Telegraphen und der öffentlichen Gebäude, erklärten hierauf Feind und Landtag für aufgelöst und bestimmten, daß der alle sozialistische Landtag sofort einberufen und ein neuer Senat unter dem Namen Sozialrat eingesetzt werden solle. Der ganze Sozialismus gelang ohne Ansehen, daß die Stimmung in Finnland sehr erregt.

Der neuwählige Senat Finnlands, der am 1. November zu einer Tagung zusammentrat, hat im Gegenstand zum aufgelösten eine bürgerliche Mehrheit. Von den 200 Abgeordneten gehören der Sozialdemokratie und 90 an, während früher die Stimmenzahl der sozialdemokratischen Vertreter ungefähr 110 betrug. Die Sozialdemokratie hat jedoch schon vor der Wahl die Auflösung des Parlaments durch die russische provisorische Regierung für ungültig erklärt. Sie beantragte sich nicht mit diesem Senat, sondern berief eines Tages den Landtag zu einer Auflösung ein, und als die erkrankten Abgeordneten die Tür des Parlamentsgebäudes geschlossen und verriegelt fanden, ließ der sozialdemokratische Präsident die Tore aufbrechen und die Tür öffnen. Die nächste Tagung begann am 7. November mit einer Sitzung der Sozialdemokraten — zunächst, in einer eine halbe Stunde währenden Sitzung wurden zwei Beschlüsse über den Arbeitsstreik und die Werbung des Kommunistenbundes gegen eine bedeutende Minderheit angenommen. Diese Vorgänge beweisen, daß die finnische Sozialdemokratie gleich nach der Auflösung sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß nur der alle sozialistische Senat die rechtmäßige Vertretung des finnischen Volkes ist.

Über nicht nur der Ministerrat mit der Regierung Aufstand befehligte die Gemüter. Die Bourgeoisie Finnlands war auf höchste erregt gegen die Sozialdemokratie, gegen die Arbeiterbewegung und ihre Manifestationen. Sie schritt in den Wahlkampf größtenteils geschlossen, und es ist zu erkennen, die Sozialdemokratie in die Minderheit zu bringen. Gleichzeitig greift die Bourgeoisie zu einem andern Mittel, indem sie überall, wo sie in den Kommunen die Macht besitzt, eine Miliz organisiert, von der die Sozialdemokraten annehmen, daß sie für den offenen Kampf gegen die Arbeiter geschaffen wurde. Die Arbeiter begannen mit der Transaktion der revolutionären Arbeiterparteien. Die sozialdemokratischen Arbeiterparteien sind immer mehr und mehr zu. Der Erfolg der Petersburger Sozialisten hat die finnlandischen Sozialisten zu ihrem revolutionären Auftritt ermutigt.

Clémenceau und Pichon.

Zum Danke für seine Bemühungen um die Ausöhnung zwischen dem Tiger und dem Präsidenten der Republik ist Pichon zum Minister des Auswärtigen gemacht worden. In welchem Rahmen wird dieser kleine, gelbliche Herr dahinspielen?

Bisher hat er uns täglich in seinem „Recht Journal“ die Bestärkung genau so regelmäßig vorgelegt, wie das Clémenceau in seinem „Domme endorné“ getan hat. Pichon hat sich um die Ergänzung der abwärts liegenden Sozialisten außerordentlich bemüht, während Clémenceau sie als Feind behandelte.

Pichon wählte Triton größere Aufmerksamkeit als Clémenceau. Pichon war früher Präsident des französisch-italienischen Berühmtenkomitees und mühte schon aus diesem Grund eine größere Anteilnahme an dem schweren Unglück der

italienischen Schwester zum Ausdruck bringen. Clémenceau aber hatte bis in die letzten Tage hinein mit seiner Kritik an den italienischen Zuständen an der Front und hinter den Fronten nicht zurückgeblieben. In den Tagen vom 5. bis 10. d. M. vertrat Clémenceau in seinem Sinne den Standpunkt, das man über die Hilfe für Italien nicht im Begehrungsrausch beschließen dürfe. Der „Tiger“ zeigte sich auch hier als nüchternen Ratgeber.

Die Italiener werden daher Jahre Geißel ziehen ob des französischen Regierungsbeschlusses.

Fortgrönern?

Die „Tägliche Rundschau“ will erfahren haben, daß Staatssekretär Schwander demnächst aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten und auf seinen Oberbürgermeisterposten in Straßburg i. E. zurückkehren werde. Das Blatt verneint, daß bei diesem Entschluß politische Gründe keine Rolle spielten.

Sollten aber nicht etwa bei der „Täglichen Rundschau“ politische Gründe eine Rolle spielen, wenn sie Herrn Schwander Gesundheitsrücksichten nachlegt? In einer Zeit, die an die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen die höchsten Anforderungen stellt, dürfte ein Mann, der zum Oberbürgermeister in Straßburg gesund genug ist, für die Leitung des Reichswirtschaftsamts nicht zu krank sein. Man gewinnt also den Eindruck, daß Herr Schwander aus seinem Amte herausgerückt werden soll, um neue Schwergelüste zu schaffen, die sich im Falle seines Abgangs ja sehr leicht einstellen könnten.

Die „Allgemeine Weltliche Zeitung“ bringt zur angelegentlichsten Aufhebung des § 153 einen Aufruf, in dem sie darzulegen sucht, daß nach allgemeinen Rechtsbegriffen eigentlich jeder Streik als Freijahre bekannt werden müßte. Daß man den Streik überhaupt erlaubt habe, sei ein Ausnahmerecht, das nur mit der durch § 153 gebundenen Einschränkung erträglich sei. Mit seiner Freigabe gerate die Volkswirtschaft auf eine Absteige Ebene, und die Verantwortung dafür trage der neue Leiter des Reichswirtschaftsamts Dr. Schwander.

Also, aus der Ecke peift der Wind, der für Herrn Schwander gesundheitsgefährlich ist!

Die Redaktionen der dem Reichsminister Schwander nehmen immer bestimmtere Formen an. Ein Berliner Volksblatt bezeichnet bereits den Unterrichtsminister, im Reichsamt des Innern; Freiherr v. Stein zu Altenfeld als seinen vorausschicklichen Nachfolger. Die Offiziellen verheimlichen mit unheimlicher Gefährlichkeit, daß es sich diesmal wirklich und gewiß nur um Gesundheitsrücksichten handle.

Um es kurz herauszusagen: an die berühmten Gesundheitsrücksichten glauben wir ganz und gar nicht. Schwanders Rücktritt ist, wenn er tatsächlich wird, ein Vorgang von äußerst prinzipieller Bedeutung. Unter den neuen Männern, welche die Aera Michels bracht, schreibt der „Vorwärts“, ist Dr. Schwander der Arbeiterhaft einer der weitaus sympathischsten gewesen. Man kannte ihn aus seiner Straßburger Tätigkeit als überzeugten und ehrlichen Sozialpolitiker, der auch den Gedankengängen des Sozialismus Verhältniß entgegenbrachte. Sein Weggang und seine Ersetzung durch einen farblosen Reformbeamten würde die bittere Enttäuschung der Hoffnungen bedeuten, welche die Arbeiterchaft für die Neugestaltung unfree Wirtschafts-

lebens begehrt hat. Der Name Dr. Schwabers bedeutete ein Programm, er wies auf die Abfahrt des Staates, erkräftigte Sozialpolitik zu treiben, und dem Privatmonopol das Staatsmonopol entgegenzusetzen.

Der Religionszwang geht weiter.

Das Kreishaus Abgeordnetenhaus wies am Freitag den Antrag Friedberg auf Annahme eines Gesetzesentwurfs über die Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht mit allen dazu vorliegenden Änderungsanträgen zur nochmaligen Beratung an die Unterrichtscommission zurück.

Der Gesetzesentwurf betreffend den Bau eines Dampfstraßkraftwerks bei Hannover ging nach kurzer Beratung an die verstärkte Staatshauskommission. An die gleiche Kommission ging der Gesetzesentwurf auf Anrechnung des Kriegsdienstes auf das Wehrdienstalter der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen.

Sodann begann das Haus noch mit der Beratung des Antrags auf Förderung der Seefischerei und den Verkauf von frischen Fischen. Die Beratung wurde auf Sonnabend vertagt. Auf der Tagesordnung stehen außerdem Jubiläumsvorträge und Petitionen.

In der nächsten Woche wird das Abgeordnetenhaus seine Vollsitzungen abhalten. Es wird erst am 26. November wieder zusammenkommen und sich dann mit der Ernährungsfrage und der Kohlenvergehung beschäftigen. Die Wahlrechtsvorlage geht dem Hause, wie nunmehr bestimmt verlautet, am 27. November zu; die erste Sitzung soll am 4. Dezember stattfinden.

Notizen.

Bayer doch Mitglied des Bundesrats. Wie die „Frankf. Ztg.“ erzählt, ist der Bischof von B. Bayer bereits zum Mitglied des Bundesrats ernannt worden, womit sein Reichstagsmandat erledigt ist. Bayer gehörte zu unsern ältesten Reichstagsabgeordneten. 1877 wurde er zum erstenmal in Reutlingen-Kaltenburg-Württemberg gewählt, unterlag aber bei der Wahl im nächsten Jahre nach der Auflösung von 1878 einem Mitglied der Reichspartei. In einer Nachwahl folgte er aber 1880 und gehörte bis 1887 dem Reichstag an. Bei den Septennarwahlen verlor er sein Mandat nochmals an ein Mitglied der Reichspartei. 1890 entsandte ihn jedoch der Kreis wieder nach Berlin. Seitdem hat Bayer sein Mandat immer behauptet, zum Teil in Stichwahlen gegen Sozialdemokraten.

Der Kriegslohn. Aus Koblenz wird berichtet: Zwei Einmänner von Rheins haben für 20 000 Mark Kupfer verkauft. In einem Nachbarort von Koblenz kaufte ein Mann ein Grundstück für 800 Mark. Die Offiziere darauf brachten 2100 Mark ein. Ein Winger leitete von einem Apfelbaum ein ganzes Acker Aepfelwein. Das Weibschischen Kommen hat bei 800 Einwohnern zwei Millionen Mark aus der Eisenindustrie erzielt. Das Weibschischen Wingenen schärfte seine Weintrerte

Rosi Zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen von Johannes Scherr.

(16. Fortsetzung.)

Fünftes Kapitel.

Ruodi und Rosi.

Wie alles, was die Menschen bejagt oder bejagt, vorübergeht, ging für das junge Ehepaar auch jene süße Zeit vorüber, für die sich ihre teure Mutterprache das süße Wort Sonigmond geschaffen hat. Als der Sonntag oft schon ausgeklüffelt, bevor der Mond Zeit gehabt, wiewohl seine Gestalt zu ändern, und nicht selten birgt der Beobachter unter dem rauch genippen Schäume des Glases nur noch die Bitterkeit der Enttäuschung, der Sorge, der ganzen herben Lebenswirklichkeit.

Nicht so im Müll auf dem Hügel am See. Müdte der Herbst gehen und der Winter kommen mit seiner ganzen Schmelze und allen seinen Nordstürmen, da droben in dem wohnlichen Hause mit seinen hellen Fenstern grünte das Reis der Liebe und des Glückes fort und fort.

Genen Völkern, zu wo sich auch in diesem bodgelegenen Alpentale die ersten Leiden verpflügen ließen, daß wieder eine Zeit kommen würde, wann Eis und Schnee sich Schritt für Schritt aus der Niederung weiter und weiter bergan hinauf zu bewegen, um zuletzt auf dem Gipfel des Weibschischen und des Glanzhorns sonnenlang ihr Standquartier zu nehmen — also gegen Völkern zu genein der Himmelsruodi und seine Gaurin von dem Müll hinwärts für Müll. Es war den Winter über keine Woche vergangen, ohne daß sie mehrmals ins Pöböl herabgekommen

auf sechs bis acht Millionen Mark. Der 1917er besitzt einen außergewöhnlich hohen Gütergehalt und stellt den 1916er in jeder Weise in den Schatten.

Verabschiedung der Schnellzug-Zuschläge in Württemberg.

Nach einer Weisung des „Berliner Tageblattes“ aus Süddeutschland beginnt man in Württemberg, die überhöht hohen Schnellzugzuschläge zu revidieren. Es seien von der dortigen Eisenbahndirektion bereits Schritte unternommen worden, um die anderen deutschen Eisenbahnverwaltungen zu einer annehmbaren Staffelung der Zuschläge zu veranlassen. Hierzu sei noch bemerkt, daß man in Württemberg schon bisher innerhalb des Landes bei einem Fahrkartenpreis von 3 Mark nur 1.50 Mark Zuschlag nehme, während von den übrigen Eisenbahnverwaltungen mindestens 3 Mark erhoben wurden.

Allgemeines Stimmrecht in Kroatien. Die kroatische Landesregierung unterbreitete dem Landtag einen Gesetzesentwurf über die Einführung des allgemeinen Stimmrechts. Die Vorlage bestimmt, daß vollberechtigt jede männliche heimatsberechtignte Person sein soll, die das 21. Lebensjahr zurückgelegt hat. Die Stimmabgabe ist geheim. Wähler ist jeder Bürger, der des Lebens und Schreibens kundig und der kroatischen Beziehungswelle farbigen Brauch mindestens ist. Das Land ist in 120 Wahlbezirke eingeteilt.

Der erste Krieg. Aus London meldet Reuters: Lord Cambarn, der Botschafter des Kaisers, trat in Folge des gegen veröffentlichen Beretes von Lord Northcliffe zurück. Er behauptet, daß dieser Brief die erste Bedeutung gewesen sei, die ihm Kenntnis davon gegeben habe, daß Lord George einen Wechsel im Einklang wünsche.

Einigung der Sozialisten?

W. T. B. Petersburg, 13. November. (Neuer-Melburg.) Nach einem Kampfe von drei Tagen, in denen Zarische Zelo zweimal von einer Hand in die andere ging, wurden auf Veranlassung des Eisenbahnerverbandes Verhandlungen eingeleitet, um eine Regierung zu bilden, die sich aus allen sozialistischen Parteien einschließlich der Maximalisten zusammensetzen soll. Alle diese Parteien verlangen den Frieden. (Siehe heutigen Beilageartikel. Neb.)

W. T. B. Petersburg, 12. November. (Neuer.) Die Maximalisten haben bekannt, daß sie Zarische Zelo befehligt und daß sich die Anhänger des Zelos in der Richtung auf Pawlowitz und Gorki zurückgezogen haben. Die Maximalisten behaupten, daß in den Kämpfen in der Nähe der Station Alexandrowitz 1500 Menschen getötet und verwundet worden sind und daß die Verluste der Maximalisten nur 20 Mann betragen.

W. T. B. London, 16. November. Die „London Gazette“ meldet, daß die russische Regierung am 21. Oktober den englisch-russischen Handelsvertrag vom 12. Januar 1859 zum 21. Oktober 1918 mit der Begründung gelündigt habe, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, die durch den Krieg entstanden seien, es nötig machten, eine Neuprüfung der bestehenden Handelsverträge in Betracht zu ziehen. Die russische Regierung sei bereit, ein Übereinkommen mit England zu treffen, um Inzangriffsigkeiten wegen der Uebergangszeit zu vermeiden.

W. T. B. Stockholm, 16. November. (Zentra Telegrammbureau.) Ein russischer Kaufmann, der Verbindung zum Dienstort morgen verlassen hat und heute hier ankommen ist, berichtet, daß die Bolschewiki in Krasnaja Kapituliert hätten; Kojaten seien in Riga und Charkow eingeschlossen. Kabinin sei bei in Charkow. Das provisorische Parlament der Ukraine sei aufgegeben. Miljutin, Gurlislow und Kobzjants befinden sich in Krasnaja.

Borstoß der englischen Flotte.

Der Chef des Admiralstabs der Marine gibt amtlich bekannt:

1. Zum erstenmal seit den ersten Kriegsmonaten der russischen am 17. November morgens starke englische Seestreitkräfte in die deutsche Bucht einzudringen. Durch unsere

wären. Die Mutter mußte doch ganz ihre Herzensfreude daran haben, wie ihre Rosi so „ne gattige“ Hausfrau fürstellte, wie in Stube, Kammer und Küche, in Gaden und Stall alles und jedes so „hübschlich in Ordnung“ war und wie der Ruodi beim dritten Wort immer sagte: „My gut's Rosi“ oder „My lieb's Wöböl“. Der Vater seinerseits hatte den „Hohlschänker“ mächtig liebgekommen. So wie es ihm in den Winternachmittagen dabeim langweilig wurde, fußelte er ins Müll ab und sah da hundelang dem Schwiegerjahn zu, wie der, an seinem Werkfisch am großen Erwerbsstier sitzend, so fix und fix Sägen, Meißel und Meißel von allen Arten handhabte und, ohne daß man sich's verah, unter seinen „hübschlichen“, will sagen hübschreichen Händen so „berstigt überliefert“ Sachen und Säckelchen hervorbringen ließ, neben er gar nicht genug an Fern und anderswohin verschenden konnte, so begehrt waren sie. Und dabei mußte der Ruodi so „wetterlich glühend“ reden von Gemeindegeld- und Staatsfachen, und war es drum nummeintlich nur hüßig gii, daß er neulich in den Gemeinderat gewählt worden. Ein weiteres Pönd zwischen Schwiegervater und Schwiegerjahn triebte der Umstand, daß dieser ein ebenjo großer Jäger vor dem Herrn wie jener und es für beide eine Feiertagsfreude war, droben in den Bergen den Gemeten nachzutreiben. Für den Ruodi war das zum dem noch ein künstlerisches Studium, was nicht ohne Früchte blieb. Von allen seinen Schmitzwerken hatten seine Gemeten und anderen Alpenreiter, einzeln oder zu mancherlei Gruppen vereinigt, den größten Ruf. Das machte, er lauschte sie der Natur ab, und arbeitete sie reich und glücklich, als wenn er tags zuvor mit seiner Biache in den Bergen gewesen war und der Souvenir einen heißen Näbding von Gemetsch in die Stube geliefert hatte.

Sicherung wurden sie bereits auf der Linie Riff... ling festgestellt und durch den sofort angeordneten Ge... unserer Vorkriegsreitkräfte mühelos und ohne eigne Ver... lufte abgewiesen.

2. Durch die Tätigkeit unter 11 Booten wurden dem nördlichen Kriegsschauplatz neuerdings 16 000 Brutto-M... gister Tonnen verrent.

Unter den vernichteten Schiffen waren drei beladene gefischerte Dampfer, von denen zwei englischer Nationalität waren.

In Kälte und Schnee.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 17. November 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern lebte das Artillerieregiment am Radmütz bei Dymude und zwischen den von Ypern nach; Staden und Posters führenden Bahnen auf.

Eigne Sturmtruppen brachten durch stiches Draufgehen aus den höchsten Trichterlinien fählich von Montforten einen Stützpunkt und 63 Mann zurück.

An der Südküste von St. Quentin hielt auch gestern der starke Artillerie- und Minenwerferkampf an.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei ersten großen Borstblämpfen im Mittel-Genoud, nordwestlich von Aubriex und auf dem südlichen Waas-Ufer streben gelangene Franzosen in unser Land.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Wagebonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

Troz Kälte und Schnee in unerwähltem Angriff entkommen Österreichisch-ungarische Truppen zwischen Brenta und Piave die feilen, vom Italiener gäh verteidigten Gipfel des Monte Pralognan und Monte Berna und nahmen einen Regimentskommandeur, 50 Offiziere und 750 Mann gefangen.

Auf dem westlichen Ufer der unteren Piave (Erkundungsgeschichte).

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Das Ringen im Gebirge.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 18. November 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern blieb der Artilleriekampf in mäßigen Grenzen.

An Artois und nördlich von St. Quentin wurden in ersten großen Erkundungssackreisen mehr als 40 Engländer eingedrückt und mehrere Maschinengewehre erbeutet.

Stavet, seit 2 Tagen geshlagener Feuerwirkung gegen die Südküste von St. Quentin folgte ein französischer Borstoß. Der Feind wurde im Nahkampf zurückgeworfen und bunte Gefangene ein.

Deutscher Kriegsschauplatz

Nichts Beforderes.

Wagebonische Front.

Nördlich vom Doiran-See wiesen bulgarische Feldwachen den Angriff eines englischen Bataillons ab.

Italienische Front.

Nordöstlich von Friaas verblühten sich starke italienische Kräfte in erfolglosen Angriffen gegen die ihnen entzerrten Höhen. Zwischen Brenta und Piave waren unten Truppen den Feind aus mehreren Stellungen.

Der unteren Piave zeitweilig verstärkter Feuerkampf.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

„An, Vater.“ sagte die Zwitschlerin im Gemenge zu ihrem Vater, „gelt, ich hei doch recht g'ho, daß euer Nooi mit dem Ruodi würd hüßlich werden? 's ist gänge Freud, die junge Külli so beistimme s' g'eh.“

„Wohl, wohl, Müetti.“ — seit der Verheiratung ihrer Tochter nannte der Leutenberger sein Amel Müllter und die Bäurin ihren Suori Vater — „wohl Müetti, halt recht g'ho. Aber g'ho, ist denn ganz noch nid um d' Weg?“

„Was meint's?“

„Der Dunder schlög! Was werd ich meinen? Weißt g'ang wohl?“

Ein höchst charakteristischer Kontrast und ein unangenehm pfliffiges Augenblinzel begleitete diese Worte.

„Ah, ja, Vater? Nei, wahrli nei, 's ist noch nid um d' Weg.“

Der Zwitschbauer frakte sich auf diesen Weichd hinter den Ahren, inbaldete inderberisch und sagte auf dem ganzen Heimgang sein Wort mehr. Es ging ihm ein widerwärtiger Gedanke im Kopfe herum; es war etwas nicht, was es sein sollte, das war klar. Er blieb den ganzen Abend über schweigend, und als die Bäurin beim Zubetgehen bedachtigend für ihn sagte: „S wird sich wohl machen, Vater; 's hat ja g'ang noch alle Zyt dazu.“ brunnente er nur noch zweifeld: „Gott geb'!“

Der Winter ging, der Frühling kam und dieser folgte ein zweiter, ein dritter, ohne daß das Leben in dem Tale von Wäldgen eine Abwechslung von den gemachten Götzen geseht hätte, wenigstens im ganzen und großen. Denn im bebenden wurde doch dies und das anders, als es gemeten.

(Fortsetzung folgt.)

Halle und Saalfreis.

Halle, 19. November 1917.

• Ansetzung zur Herstellung von Kochfleisch. Im kaiserlichen Hausbau wurde heute Morgen am heutigen Montag...

• Besondere der Schuld des Handels mit Gasen. Nach der Verordnung vom 3. Juli d. J. ist, woran erinnert hat...

• Die Kriegesfürsorge der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. Die Invalidenversicherungsanstalt in Merseburg...

• Verehrer für Selbstmörder. Amittwoch war bekanntgegeben, dass der Herr von 18 bis zum 25. Dezember dieses Jahres...

• Keine Reichsausschüsse zwischen Grima und Feldberg. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt, dass Anfang Dezember die...

• Voraussetzungen für die Feuerbestattungen im Soldatenkrematorium. Zur Vereinfachung von Feuerbestattungen...

• Von der Landwehrreformkammer. Eine Hauptversammlung aller der Landwehrreformkammer in Halle...

• 75 Prozent Aufschlag für Gießlampen. Die Gießlampen, die im erhaltbar bereits einen 40prozentigen Aufschlag...

• Einschränkung im Eisenbahn-Gesamtdienst. Die Eisenbahndirektion gibt bekannt: Der Gesamtdienst hat...

• Urteile über die. Wegen des Kaufmanns Edo Müllers. Demontager Strafe 20, ist durch Beschluss des Amtsgerichts...

• Städtischer Nahrungsmittelverkauf. Amittwoch, Dienstag 8 1/2 bis 6 Uhr in der größten Verkaufsstelle...

• Speisefonds. Auf die besondere Zugunsten für Kinder und Jugendliche...

• Städtische. Dienstag jeder Haushalt, der im Juli nicht beliefert worden ist...

• Theater, Sehenswürdigkeiten usw. Die jüngsten Lesarten unter anderen Schriftstücken geben sehr viele und hübsche...

zu knaden. Das kommt wie lehrlich erst beim „Jahresmarkt in Bismarck“ feststellen, das müssen wir diesmal noch einmal mehr bei „Berleberg“ tun...

• Gröden. Die Auszahlung der Kriegsgeldunterstützungen der 8. Niedersächsischen Montanwerke, A.G., Gröden...

• Merseburg. Angehörigen. Zu die Wenselge Reliquiarion am Hofmarkt heute während eines der letzten Abende ein...

• Währungsmitteleverföhrung. In der Woche vom 18. bis 24. November werden auf der Kopf der Bevölkerung...

• Vom Magistrat. Die Stadt ist Mitglied des Arbeitsnachweisesverbandes für Sachsen-Anhalt und stellt bisher einen...

• Rannburg. Feueralarm erkante Freitag mittag 1/2 Uhr. In der NachbarstraÙe brannte Hofmanns Raumbühnen; das Feuer...

• Unglücksfall. Anfolge Unvorsichtigkeit beim Spiel vor ein 11jähriker Schüler von einem Spielkameraden vor einiger...

• Zungenkranke. Regelung der Gasabgabe. Die Gasabgabe der bereits Donnerstagabend wieder aufgenommen werden...

• Fein. Gaspreisverhöhung. Der Magistrat bringt zur öffentlichen Kenntnis, dass der Gaspreis von 1. Oktober an...

• Amtliche Bekanntmachungen. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kunden...

• Sozialdemokratischer Verein Hohenmölsen. Am Mittwoch (Samstag) den 21. November, abends 7 Uhr...

• Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom 2. Quartal, 2. Bericht vom Parteitag, 3. Geschäftliches und Verschiedenes.

• Konsumverein Stadt-Theater. Hohenmölsen. Dienstag den 20. November, Anfang 7 1/2 Uhr...

• Gefährtführer oder Markthelfer. In Hohenmölsen und bann bei H. Eikan, Kreisgericht...

• Aus der Provinz. Die nächste Generalversammlung der Provinzialen, die am 19. November...

• Aus der Provinz. Die nächste Generalversammlung der Provinzialen, die am 19. November...

• Aus der Provinz. Die nächste Generalversammlung der Provinzialen, die am 19. November...

• Aus der Provinz. Die nächste Generalversammlung der Provinzialen, die am 19. November...

zu knaden. Das kommt wie lehrlich erst beim „Jahresmarkt in Bismarck“ feststellen, das müssen wir diesmal noch einmal mehr bei „Berleberg“ tun...

• Gröden. Die Auszahlung der Kriegsgeldunterstützungen der 8. Niedersächsischen Montanwerke, A.G., Gröden...

• Merseburg. Angehörigen. Zu die Wenselge Reliquiarion am Hofmarkt heute während eines der letzten Abende ein...

• Währungsmitteleverföhrung. In der Woche vom 18. bis 24. November werden auf der Kopf der Bevölkerung...

• Vom Magistrat. Die Stadt ist Mitglied des Arbeitsnachweisesverbandes für Sachsen-Anhalt und stellt bisher einen...

• Rannburg. Feueralarm erkante Freitag mittag 1/2 Uhr. In der NachbarstraÙe brannte Hofmanns Raumbühnen; das Feuer...

• Unglücksfall. Anfolge Unvorsichtigkeit beim Spiel vor ein 11jähriker Schüler von einem Spielkameraden vor einiger...

• Zungenkranke. Regelung der Gasabgabe. Die Gasabgabe der bereits Donnerstagabend wieder aufgenommen werden...

• Fein. Gaspreisverhöhung. Der Magistrat bringt zur öffentlichen Kenntnis, dass der Gaspreis von 1. Oktober an...

• Amtliche Bekanntmachungen. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kunden...

• Sozialdemokratischer Verein Hohenmölsen. Am Mittwoch (Samstag) den 21. November, abends 7 Uhr...

• Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom 2. Quartal, 2. Bericht vom Parteitag, 3. Geschäftliches und Verschiedenes.

• Konsumverein Stadt-Theater. Hohenmölsen. Dienstag den 20. November, Anfang 7 1/2 Uhr...

• Gefährtführer oder Markthelfer. In Hohenmölsen und bann bei H. Eikan, Kreisgericht...

• Aus der Provinz. Die nächste Generalversammlung der Provinzialen, die am 19. November...

• Aus der Provinz. Die nächste Generalversammlung der Provinzialen, die am 19. November...

• Aus der Provinz. Die nächste Generalversammlung der Provinzialen, die am 19. November...

• Aus der Provinz. Die nächste Generalversammlung der Provinzialen, die am 19. November...